

Bern stoppt, was Biel seit Jahren macht

Ab 2026 gibt es in Bern keine «Classe Bilingue» mehr. 91 Kinder sind betroffen. Der Entscheid der neuen Bildungsdirektorin entsetzt Eltern und Politiker*innen.

Werner De Schepper (Bieler Tagblatt)

Die freisinnige Grossrätin Claudine Esseiva ist Präsidentin von Bernbilingue, einer Vereinigung, die sich für die Zweisprachigkeit einsetzt. Sie wohnt in Bern und hat einen elfjährigen Sohn. Er ist eines von 91 Kindern, die im Schulhaus Matte zur Hälfte auf Deutsch und zur Hälfte auf Französisch unterrichtet werden. «Für ihn ist es genial», sagt Esseiva. «Zu Hause reden wir Schweizerdeutsch, Fernsehen schaut er auf Französisch und er begreift alles.» Die Lehrkräfte seien fantastisch und er gehe gern in die Classe Bilingue. Doch am Montag erhielt die begeisterte Mutter über die Schul-App «Klapp» aus heiterem Himmel die Mitteilung des Schulamtes, dass der zweisprachige Schulversuch in der Stadt Bern auf Ende Schuljahr 2025/26 eingestellt wird.

Claudine Esseiva versteht die Welt nicht mehr: «Damit hat niemand gerechnet. Es ist ein absolut erfolgreiches Projekt. Wir haben im Gegenteil für einen Ausbau gekämpft. Damit es auch im Zyklus 3 Bilingue-Klassen gibt. Das ist eine Katastrophe auf dem Buckel der Kinder.»

«Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg»

In der Mitteilung des Schulamtes an die Eltern wird der Entscheid hauptsächlich operativ mit Umsetzungsschwierigkeiten begründet: So seien die Lektionen des deutschsprachigen Lehrplans 21 und des französischsprachigen plan d'études romand (PER) «zu wenig kompatibel.»

Dazu sagt Anna Tanner, SP-Bildungsdirektorin der Stadt Biel: «Das stimmt.» Es braucht mehr Absprachen und mehr Personal. Aber sie hält an die Adresse der grünen Stadtberner Bildungsdirektorin Ursina Anderegg unmissverständlich fest: «Letztlich ist es eine Frage des Willens und wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.»

Das sieht auch Tanners Parteikollegin, die Bieler Stadtpräsidentin Glenda Gonzalez Bassi so: Seit 2010 zeige Biel mit der «Filière Bilingue», dass dieser Weg wirklich funktioniert, unterschiedliche Lehrpläne hin oder her.

Keine Hilfe in Biel geholt

Obwohl Biel seit 15 Jahren Erfahrung darin hat, die Lehrpläne schülergerecht zu vereinbaren, hat die neue grüne Bildungsdirektorin der Stadt Bern, Ursina Anderegg, keinen direkten Kontakt zu Biels Bildungsdirektorin Anna Tanner gesucht. Was beide bestätigen. «Die Rahmenbedingungen in Bern unterscheiden sich von Biel», so Anderegg.

Dafür erntet Anderegg selbst Kritik von grüner Seite: «Das finde ich sehr schade», sagt Christoph Grupp, Co-Präsident der Grünen Fraktion im Grossen Rat. Er überlege sich, ob er eine Anfrage einreichen soll, um von der kantonalen Bildungsdirektorin Christine Häslar, ebenfalls eine Grüne, zu erfahren, ob der Kanton beim Wissenstransfer von Biel nach Bern nicht helfen könne.

Laut der Medienmitteilung der städtischen Direktion für Bildung bedeuten die zweisprachigen Klassen für die Stadt jährlich bis zu einer Million Franken Mehrkosten. Auch wenn Grossrat Grupp für die finanzielle Seite des Entscheides Verständnis hat,

hält er fest: «Ich finde es überhaupt nicht gut, wenn es in der Hauptstadt eines zweisprachigen Kantons keinen zweisprachigen Unterricht mehr geben soll.» Er hofft auf eine Korrektur des Entscheids. Das sei aber eher Sache des Berner Stadtrates als des Grossen Rates, so Grupp.

«Entscheid ist definitiv»

Gemeinderätin Ursina Anderegg verteidigt ihren Entscheid und will nicht darauf zurückkommen. «Der Entscheid ist definitiv. Die Eltern wurden bereits informiert und er wurde begründet.» Nebst der Lehrplan-Koordination hebt Anderegg auch die Tatsache hervor, dass es sehr schwierig sei, geeignete, zweisprachige Lehrkräfte für diese Klassen zu finden.

Der Entscheid sei auf operativer und fachlicher Ebene gefällt worden. Dieser liege in der Kompetenz der Direktion. Sie habe aber den Gemeinderat darüber informiert. Anderegg betont, dass sie das Ende des Versuchs auch bedaure.

In der Mitteilung an die Eltern steht allerdings nirgends, dass dies ein Entscheid der städtischen Bildungsdirektorin sei. Stattdessen heisst es: «Nach der Laufzeit von knapp sechs Schuljahren ist die Classe-Bilingue-Steuergruppe, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern des Schulamtes, der Schulkreiskommission, der Schul- und Tagesbetreuung und des Kantons, zum Schluss gekommen, den Schulversuch auf Ende des Schuljahres 2025/26 nicht zu verlängern.»

Das wiederum stört den Kommunikationschef der kantonale Bildungsdirektion, Yves Brechbühler. «So was kann ja nicht auf Ebene Steuergruppe entschieden werden. Das ist ein politischer Entscheid.» Dazu Ursina Anderegg: «Es ist ein breit abgestützter fachlicher und betrieblicher Entscheid, welcher von mir und der Begleitgruppe gemeinsam gefällt wurde.»

«Ich nehme den Entscheid zur Kenntnis»

Bildungsdirektorin Christine Häslar selbst wollte am Dienstag in Biel bei der Grundsteinlegung des neuen Campus nicht inhaltlich Stellung nehmen: «Ich nehme den Entscheid zur Kenntnis.»

In einer gemeinsamen Medienmitteilung sprechen die beiden staatspolitischen Vereinigungen Bernbilingue und Forum du Bilinguisme von einem «bildungspolitischen Skandal». Sie verlangen «eine transparente Kommunikation der Stadt Bern und des Kantons und eine politische Aufarbeitung der Gründe».

Häslar wies die Kritik umgehend zurück: «Ich bin der falsche Adressat.» Der Kanton habe das Projekt bewilligt, aber nicht gestoppt. Das sei ein autonomer Entscheid der Gemeinde.

Deutlicher verurteilt die Berner SP-Ständerätin Flavia Wasserfallen den Entscheid ihres Wohnortes: «Ich habe null Verständnis.» Die technokratische Begründung mit Lehrplan, Lehrkräftemangel und fehlendem Schulraum überzeuge sie «überhaupt nicht». Zumal das Französisch derzeit überall als Schulfach unter Druck komme. Umso mehr müsse der zweisprachige Kanton Bern und die Hauptstadt dazu Sorge tragen.

Auch École Française in Gefahr

Für die Bieler Stadtpräsidentin Gonzalez Bassi ist der Entscheid umso bedenklicher, als gleichzeitig auch die École Française in Bern in ihrer Existenz gefährdet sei. Denn der Bundesrat

will im Rahmen des Entlastungspaketes die Zahlung an die französische Schule in Bern einstellen. Das gleichzeitig drohende Ende der École Française und der Classe Bilingue beunruhigt auch Grossrat Grupp. «Das wäre ein schlechtes Zeichen für die Zweisprachigkeit im Kanton.»

Auch wenn Ursina Anderegg betont, dass ihr Entscheid definitiv sei, wächst der Widerstand. Betroffene Eltern wollen mit einer Petition Unterschriften sammeln. Und die FDP der Stadt Bern kündigt an, dass sie im Stadtrat aktiv werden will. Esseiva hofft inständig, dass das Stadtparlament den Gemeinderat beauftragen werde, den Versuch mit der «Classe Bilingue» zwingend weiterzuführen. Dazu Anderegg. «Selbstverständlich werde ich mich der politischen Debatte stellen.»